

# Haushaltsrede zur Beratung und Verabschiedung des Haushalts 2025

Rede des Fraktionsvorsitzenden Prof. Dr. Johannes Grabmeier

Montag, 02.12.2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat von Deggendorf, sehr geehrte Damen und Herren von der Verwaltung,

## 1 Allgemein zum Haushaltsplanentwurf

### 1.1 Wieder Zuführung zum Vermögenshaushalt

der Landkreis Deggendorf hat mit seiner Erhöhung der Umlagepunkte von 46 auf 50 uns heuer eine Kreisumlage von etwas mehr als 27 Millionen Euro, das waren fast 6 Millionen Euro mehr als 2023, belastet und uns daher heuer erstmalig nach vielen Jahren Nachtragshaushalte im April und im Juli abverlangt. Die Planung für dieses Jahr war insofern auch schwierig, da fast keine Zuführung zum Vermögenshaushalt möglich war, während der Landkreis sich 11 Millionen Euro Zuführung auf Kosten der Kommunen gönnte – dies im Widerspruch zu einem Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichts, nachdem der Landkreis die finanziellen Interessen der Stadt Deggendorf gleichrangig mit den eigenen zu berücksichtigen hat.

Dennoch hat sich wider Erwarten die Situation vor allem durch die Gewerbesteuer für uns deutlich zum Positiven verändert. Der uns vorgelegte Haushalt 2025 sieht nun wieder vor, dass 4 Millionen vom Verwaltungshaushalt dem Vermögenshaushalt zugeführt werden können, dass keine Entnahme aus den Rücklagen erfolgen soll und dass keine neuen Schulden aufgenommen werden müssen. Das ist alles sehr erfreulich. Den Deggendorfer Kreisräten aller Parteien, voran der Oberbürgermeister sei empfohlen auf eine Senkung der Kreisumlage hinzuarbeiten und andernfalls diesmal die Zustimmung zu verweigern!

### 1.2 Finanzplanung 2026-2028

Ganz anders leider die Finanzplanung der dann folgenden drei Jahre 2026-2028. Da haben wir Großes vor, denn dann beginnt der Umbau, die Erweiterung und Neugestaltung der Theodor-Eckert-Grundschule und der beiden Mittelschulen sowie die

Errichtung einer Dreifachturnhalle. Das erfordert hohe Finanzmittel, die wir dann in der notwendigen Höhe nicht haben werden. Wir alle stehen zu diesem Entwicklungsprojekt für unsere Kinder und zwar ohne Für und Wider! Wegen der Versäumnisse unserer Vertreter im Sparkassen-Verwaltungsrat mindestens in den letzten 10 Jahren bleibt uns daher dann nichts anderes übrig als in den Jahren 2027 und 2028 einen neuen Berg von Schulden aufzunehmen. Am Ende des ersten Jahres der Amtszeit des Oberbürgermeisters 2012 hatte die Stadt 38,443 Millionen Euro Schulden. In den vergangenen guten Jahren konnten wir diese Schulden reduzieren. Nach 14 Jahren werden es am Ende 2026 nur noch 26,734 Millionen Euro Schulden sein. Im Jahr 2027 sind dann so viele neue Schulden aufzunehmen, dass wir gleich den Stand von 2012 mit 42,489 Millionen Euro übertroffen haben werden – und dann nochmals 15 Millionen mehr mit einem Schuldenstand von 57,771 Millionen Euro am Ende des Jahres 2028.

Das ist aber noch nicht das Ende, denn wir benötigen ca. 65 Millionen Euro insgesamt für den Schulbau, abzüglich nachgelagert dann der Förderbeträge der Freistaats, die der Kämmerer auf ca. 30 Millionen Euro schätzt und abzüglich der 11 Millionen Rücklage bleiben immer noch ca. 24 Millionen Euro. Der dann anderweitig abzubauenen Schuldenstand beträgt danach ca. 50,7 Millionen. Sollten wir dann im selben Maß diese Schulden wieder abbauen können, dann würde es mehr als 28 Jahre, also bis ins Jahr (2028+28=) 2056 dauern, bis wir wieder den Stand von 2026 erreicht haben. Aber ob das dann wieder so gute Jahre sein werden wie in der jüngsten Vergangenheit, das steht in den Sternen – bzw. es ist eher zu befürchten, dass durch die verfehlte gescheiterte Politik der Ampel und auch schon durch die Politik zuvor das nicht mehr der Fall sein wird. Denn der Wirtschaft geht es schlecht. Höchste Energiepreise, höchste Steuern, überbordende Bürokratie, Verlockungen und Zölle durch die USA unsere Autoindustrie zu zwingen dort zu investieren, sowie die Belastungen durch den Ukrainekrieg kommen dann noch dazu. Man hat den Eindruck, dass unser Land derzeit von der Substanz lebt und das wird nicht mehr lange gut gehen.

### **1.3 Gewinnausschüttungen der Sparkasse**

Im Absatz 3 des Artikels 62 der Bayerischen Gemeindeordnung heißt es „Die Gemeinde darf Kredite nur aufnehmen, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzweckmäßig wäre.“ Warum sich das nicht auch auf die nach allen gesetzlichen Vorschriften seit Jahren mögliche Gewinnausschüttung durch die Sparkasse beziehen soll, ist nicht verständlich.

Ich sehe es nicht nur deshalb, sondern in der Verantwortung für unsere Kinder und Enkel als Pflicht für unsere drei Deggendorfer Vertreter im Sparkassen-Verwaltungsrat an, nun endlich in der entsprechenden Sitzung dafür zu plädieren, dass im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften maximal ausgeschüttet wird. Und das wäre in den letzten 10 Jahren deutlich mehr gewesen als die vom Oberbürgermeister genannten 200.000 Euro im Jahr so zwischen 2 und 3,5 Mill. Euro allein für Deggendorf. Vor Jahren hat das der damalige CSU-Fraktionsvorsitzende Notar Dr. Max Gössl gefordert. Das ist schon eine Weile her, aber das war damals wie heute richtig und angezeigt. Denn wir freuen uns, dass unsere Sparkasse, die in allen Krisenzeiten stets zuverlässig und erfreulich Gewinne erwirtschaftet, diese dann aber weit über das notwendige Maß nur ihren eigenen Rücklagen zuführt. Statt dessen könnte man ihren

Trägerkommunen wie der Stadt Deggendorf, der 35 % der Sparkasse gehören, vom sprudelnden Geld etwas zukommen zu lassen.

Denn der Beschluss von Gewinnausschüttungen nachdem die Eigenkapitalquote dort seit Jahren jeweils weit höher als notwendig sich darstellt, erlaubt dies. Unsere Vertreter dort sind der Oberbürgermeister Dr. Christian Moser, Stadträtin Margret Tuchen und Stadtrat Ali Schraufstetter. Die Verschuldensprognosen, die nun für 2027 und 2028 vorliegen, würden gänzlich anders aussehen, wenn Sie in der Vergangenheit meine Aufforderungen ernsthaft in Betracht gezogen und umgesetzt hätten! Werden Sie drei endlich Ihrer Verantwortung für Deggendorf gerecht! Nur wenn man das Thema Sparkasse ausblendet, sind neue Schulden 2027 und 2028 in der geplanten Höhe gerechtfertigt. Das werden wir aber nicht alle ausblenden.

## **1.4 Zustimmung zum Haushalt**

Dem erfreulichen Haushaltsentwurf können wir daher heuer noch zustimmen, da wir fast alle vorgesehenen Investitionen und abgebildeten Aktivitäten mitgetragen haben und mittragen werden – die überflüssige Donaubrücke nehme ich persönlich jetzt mal aus. Aus den genannten Gründen schaut es aber für einige von uns beim Investitionsplan durchaus anders aus!

## **1.5 Dank und Wünsche an die Kämmerei**

Wir danken der Kämmerei, insbesondere Frau Reisinger und Herrn Sterr für die Aufbereitung der 4411 Positionen im Verwaltungshaushalt, das sind 222 mehr als im letzten Jahr sowie der 695 Positionen im Vermögenshaushalt. Hier sind es 16 mehr als letztes Jahr sowie in ausgedruckter Form der 786 Seiten. Dazu kommen dann noch die Haushalte der Stiftungen, 73 Seiten bzw. 75 Seiten, zusammen also 924 Seiten. Die Zeit wird da schon knapp, das alles ausführlich zu studieren und sich dazu eine Meinung zu bilden. Am Freitag 15.11. standen die Unterlagen zur Verfügung, am Mittwoch 27.11. – 12 Tage später – waren die Vorberatungen im Verwaltungsausschuss angesetzt, dazwischen natürlich noch eine normale Stadtratssitzung und einen Fraktionstermin mit Frau Reisinger und Herrn Sterr. Dafür sagen wir ein besonders herzliches Dankeschön an die beiden!

Am heutigen 02.12. – 5 Tage später nach der Vorberatung, die übrigens ohne die CSU stattfand, dann die Haushaltsreden und die Beschlussfassung. Die beiden Stiftungen, die Stiftung zur Förderung der Deggendorfer Kinder und Katharinenspitalstiftung kommen dabei regelmäßig zu kurz, aber das gibt es auch nicht so viel zu behandeln. Vielleicht kann man aber trotzdem mal überlegen, wenn nächstes Jahr noch die neue Bürgerstiftung dazukommt, diese drei Stiftungen dann doch erst im Januar zu behandeln, da ist ohnehin nicht so viel los. Ebenso bitte ich zu überlegen, ob man nicht Mitte Dezember nur noch eine Sitzung in diesem Monat ansetzt.

Dank auch an Kämmerer Florian Sterr, der mir dann immer noch auch den Haushalt als Tabelle für ein Tabellenkalkulationsprogramm zur Verfügung stellt, damit ich das mit meinem Programmen noch besser auswerten kann.

Eine nicht erfüllte Bitte aus dem letzten Jahr an die Kämmerei muss ich allerdings wiederholen: Im Haushalt ist in den Anmerkungen nur selten zu erkennen, wann nun genau noch ein Maßnahmenbeschluss notwendig ist und wann nicht. Da könnte man noch ein bisschen mehr zur Transparenz beitragen. Die Bitte an die Kämmerei war es bei allen Investitionspositionen anzugeben, wann welches Gremium diese Maßnahme beschlossen hat, bzw. dass noch ein Maßnahmenbeschluss zu erfolgen hat. Das würde uns die Arbeit sehr erleichtern! Für weniger Nachfragen würde auch eine Maßnahme beitragen, dass die Gruppierungspositionen, die in der Verantwortung der Stadt stehen, also die Endziffern 1-9 mit sprechenden Namen versehen werden. Man kann schließlich nichts damit anfangen, wenn beim Unterabschnitt 6752 Straßenreinigung (Winterdienst) bei der Gruppierungsnummer 6790 mit Namen Interne Verrechnung 164.600 Euro stehen und unmittelbar darunter bei der Gruppierungsnummer 6791 mit dem gleichen Namen Interne Verrechnung dann 742.800 Euro – um nur ein Beispiel zu nennen.

## 1.6 Investitionen

Bei den Investitionen gilt es im Jahr 2025 erst einmal den hohen Anteil an Haushaltsresten aus den vergangenen Jahren abzubauen, die Erneuerung des Oberen Stadtplatzes anlässlich der Sanierung der Decke der Tiefgarage gehört sicher dazu. Dann geht es mit der Planung der Theodor-Eckert-Schule und der Mittelschulen weiter (1.500.000+800.000) sowie mit dem Bau der Turnhalle in Mietraching (1.400.000). Bei der Sanierung der Gemeindestraßen halten wir uns wieder etwas mehr zurück, nur noch knapp eine Million Euro. Die Vergabe der Planungsleistungen für die – wie ich persönlich meine, völlig überflüssige – weitere Donaubrücke wurde mit Mehrheit gegen meine Stimme beschlossen. Ich spreche hier deutlich Kritik aus, man hat in der Vergangenheit versäumt, bessere Alternativen wie ein Auffahrt auf eine abgewertete Autobahn und mit sogenannten Holländerrampen an der Brücke mit genügend politischem Druck zu verfolgen, muss aber jetzt erst einmal die Mehrheitsentscheidung dazu mit ihrer Auswirkung im Haushalt zur Kenntnis nehmen.

## 1.7 Personalkosten

Besonders stark gestiegen sind die Personalkosten. In gewisser Weise müsste ja aus dem gleichen Grund unser Einkommensteueranteil steigen. Das ist aber leider nicht der Fall. Während von 2024 auf 2025 die Personalausgaben um 9,69 % von 28,60 Millionen Euro auf 31,37 Millionen Euro steigen, steigt die Einkommensteuer nur um 4,42 % von 22,6 auf 23,6 Millionen Euro. Deshalb wird in den kommenden Jahren unsere Aufgabe als Stadtrat sein, die Personalentwicklung in der Stadt genauer in den Blick zu nehmen.

Manchmal gibt es da anscheinend schon Kapazitäten. Im Rahmen der AST-Verhandlungen bei denen wir uns als Stadt nur suboptimal verhalten haben, hatte ich dem Oberbürgermeister vorgeschlagen, dass Herr Höhn einmal die Deggendorfer Taxiunternehmen einlädt, um möglicherweise eine Taxizentrale zu organisieren. Das wäre für unsere Bürgerinnen und Bürger eine gute Sache, aber auch mittelfristig für die Stadt in Bezug auf das Anrufsammeltaxi AST. Das hat er erfreulicherweise sofort

aufgegriffen. Ich hatte dann noch dafür gesorgt, dass der Geschäftsführer des baye-rischen Taxiverbands in Deggendorf maßgeblich dabei war und so war ich auch an-wesend. Jetzt dürfen Sie raten, wieviele Personen seitens der Stadtverwaltung dabei waren, um diese Sitzung der Taxiunternehmer zu beobachten. Natürlich Herr Höhn und seine Assistentin, der ja eingeladen hatte – und dann noch zusätzlich drei weitere Personen aus dem Rechts- und Ordnungsamt. Die richtige Antwort auf meine Frage, nämlich fünf hat noch keiner erraten, dem ich diese Frage stellte. Da gab es auch direkt für diese beiden Ämter nichts zu tun, es ging ja zunächst nur um die Organisa-tion der Taxiunternehmer untereinander. Das mag eine Ausnahme und ein Einzelfall gewesen sein, aber das weiß man ja nicht. Auf jeden Fall dient es als Beispiel, dass da die Verantwortlichen künftig etwas genauer hinschauen sollten.

## **2 Grundsätzliches zur Stadtpolitik**

Ein demokratischer Höhepunkt in allen Parlamenten und kommunalen Verwaltungsgremien sind die Haushaltsreden in der alle Aspekte der Politik der Hauptverantwortli-chen, also Regierungskoalitionen, Minister, Oberbürgermeister und Mehrheitsfraktio-nen angesprochen werden können. Wie immer nutze ich das und werde die Punkte, die mir gut gefallen haben ansprechen, aber intensiv auch die Punkte, die mir weniger gefallen haben.

### **2.1 Positives aus dem letzten Jahr**

Erfreulich im letzten Jahr war die Neugestaltung der Stadtparks. Besonders gefreut hat mich hier als Vorsitzender des Schachvereins Deggendorf, dass es da nun auch ein Großschachspiel gibt. Noch mehr können wir uns gemeinsam freuen, dass durch die positive Hartnäckigkeit unserer leider verstorbenen Fraktionskollegin Dr. Ute von Eichhorn es gelungen ist, dass wir nun auch im Stadtpark ein Theatron haben. Da können ohne bürokratischen Aufwand Schulen, Gruppen, Vereine, Kinder, Jugendlich, wer immer das nutzen will, kleine Aufführungen durchführen und im August war dann auch schon ein bereicherndes Programm zu erleben. Ich würde mir wünschen und schlage das hiermit vor, dass die Verwaltung da eine kleine Tafel anbringt, die In-formationen zur Nutzung gibt und die als Erinnerung auf unsere verstorbene Kollegin hinweist.

Nicht so spektakulär, weil dafür kaum Geld ausgegeben werden musste, aber dafür um so wichtiger für unsere Bürgerinnen und Bürger, für Mieter und Vermieter glei-chermaßen, war, dass wir hier im Stadtrat am 22. Juli erstmals einen qualifizierten Mietspiegel für die Stadt Deggendorf verabschieden konnten. Er wurde in gleicher Weise von den Repräsentanten des Haus- und Grundbesitzerverein Deggendorf e.V. und dem Mieterschutzverein Deggendorf begrüßt. Andernorts sind für einen qualifi-zierten Mietspiegel wenigstens fünfstellige Eurobeträge dafür auszugeben.

Erfreulich auch, dass wir im Gebäude der VHS eine Erweiterung des Aman-Kinder-gartens als Provisorium schaffen konnten und auf die Schnelle 49 zusätzliche Plätze nun vorhanden sind. In diesem Jahr waren rund 180 Kinder auf der Warteliste. Daher wird man noch eine weitere Einrichtung im Stadtgebiet brauchen. Die wird nun in den



ehemaligen Räumen des Elisabethenheimes angedacht – neben dem Medizincampus. Dafür sind 300.000 Euro Planungskosten vorgesehen. Die Personalausgaben erhöhten sich bei dem VHS-Kindergarten natürlich auch entsprechend. Wenn wir andere Träger für den Betrieb eines Kindergartens finden, dann wird das günstiger. Dem sollte schon nachgegangen werden, was die Ursachen dafür sind, dass dem so ist, denn wir zahlen an alle anderen Träger einen Ausgleich für deren Defizite.

Das Programm „Demokratie leben“ wurde verlängert, erfreulich! Auch wenn der Fokus des Programms meines Erachtens noch deutlicher als bisher wirklich der aktiven Förderung den Prozessen der Demokratie, dem Austausch mit Podiumsdiskussionen und auch der Befähigung der Bürgerinnen und Bürger sich selbst in die demokratischen Entscheidungsprozesse einzubringen sowie der Gefahrenabwehr aller Formen von Extremismus, also von rechts, von links und von islamistischer Seite, gerichtet sein sollte. Was dann aber schon erstaunlich war, dass man die Federführung dieses Programm ausgerechnet dem Kinderschutzbund übergeben hat. Da steht zu befürchten, dass der Kinderschutzbund seinen eigenen so wichtigen Aufgaben nicht mehr voll umfänglich nachkommen kann. Das Vorgehen erschließt sich nun wirklich nicht.

## 2.2 Bürgerbeteiligungen

Nicht besonders erfreut hat mich heuer die Reaktion der Mehrheitspartei auf den Bürgerantrag zum Radverkehr und zum ÖPNV. Ich hatte das schon im Stadtrat gesagt, dass man, so wie dieser Antrag im Stadtrat abgewürdigt wurde, dies nicht besonders geeignet ist, dass sich Bürger und Bürgerinnen mit konkreten Projekten in die Kommunalpolitik einbringen. Dass der CSU-Fraktionsvorsitzende diese Bürger mittlerweile als Autohasser tituliert, überrascht mich nicht, denn wenn man keine guten Argumente hat, dann wechselt man zum Angriff auf der persönlichen Ebene.

Dabei sei ihnen, so Linsmaier jedes Mittel recht. Man kennt das ja von radikalen Umweltaktivisten: sie kleben sich auf Straßen fest und besprühen Kunstwerke. Was sind nun die Mittel dieser Bürgerinitiative? Nein, sie nutzen nicht diese Mittel, sondern das legitime Mittel eines Bürgerantrags gemäß bayerischer Gemeindeordnung. Sie bringen damit ihr Anliegen dahin, wo es hingehört, in den Stadtrat. Sie machen dadurch von ihrem demokratischen Recht Gebrauch, ihr Anliegen öffentlichen zur Debatte zu stellen. Diskussionen in nicht-öffentlichen Fraktionssitzung genügen dafür nicht.

Im Stadtrat ist dann erneut klar geworden, dass die entscheidenden Gutachten und Konzepte, die wir für teures Geld von Fachberatern erarbeiten lassen, lediglich zur Kenntnis genommen werden. Das werde ich weiter kritisieren. Nach dem Motto „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass.“ kann der OB und nun wie am Samstag in der Zeitung zu lesen war auch der CSU-Fraktionsvorsitzende dann jederzeit sagen, wir tun überall was. Aber letztlich verpflichtet man sich so intern zu nichts. Zu jedem beschlossenen Konzept braucht es ohnehin ein konkretes Umsetzungskonzept. Das war beim zur Kenntnis genommenen Fahrradkonzept dann viel zu vage, ein konkreterer Auftragsvorschlag von mir an die Verwaltung wurde abgelehnt. Die Verpflichtung aus einem Beschluss dieser Konzepte wäre – auch das habe ich zweimal deutlich gemacht – ohnehin nur soweit als der Stadtrat dann konkrete Umsetzungsvorschläge daraus beschließt oder eben nicht beschließt. Meinem Antrag aus der vorletzten Sitzung, einen Beschluss des Entwurf des Nahverkehrsplans nochmals auf die Tagesordnung zu setzen, ist ja noch nicht entsprochen worden, muss ja dann innerhalb von

3 Monaten nach Absatz 1 § 22 unserer Geschäftsordnung noch kommen. Mittlerweile hat ja sogar die SPD eingesehen, dass man so etwas beschließen muss. Das ist auch da nochmal etwas anders als beim Verkehrskonzept und beim Fahrradkonzept, denn ein beschlossener Nachverkehrsplan wäre nach dem bayerischen ÖPNV-Gesetz eine Voraussetzung für die Regierung von Niederbayern, dass wir beispielsweise dann auch die notwendige Konzession für einen Stadtbus von Mainkofen über Rettenbach, Natternberg und Fischerdorf bekämen. Ich darf die Kollegen und Kolleginnen der CSU insbesondere an dieser Stelle noch an den Plan „ÖPNV-Strategie 2030 für den Freistaat Bayern“ des CSU-Verkehrsministers Bernreiter erinnern, bei dem bis 2030 angestrebt wird, die Zahl der ÖPNV-Nutzer zu verdoppeln. Da müssen wir mal hier in Deggendorf damit anfangen, sonst kann die CSU ihr Ziel bayernweit nicht erreichen.

Erstaunt hat uns der Oberbürgermeister auch mit seiner Aussage, dass er keine Bürgeranträge bei alljährlichen Bürgerversammlung abstimmen lassen will, denn er setzt sie dann auch ohne Beschluss der Bürgerversammlung auf die Tagesordnung des Stadtrats, was das einzige Ziel nach Gesetz eines solchen Antrags ist. Diese vermeintliche Strategie zur Vermeidung der Feststellung der abstimmungsberechtigten Deggendorfer Bürgerinnen und Bürger ist aber rechtlich sehr fragwürdig! Mit einem solchen Verhalten verwehren Sie, Herr Oberbürgermeister, den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit einen solchen Antrag mit der Mehrheit aus der Bürgerversammlung – und damit mit viel stärkerem Gewicht – zur Behandlung in den Stadtrat zu bringen. Der Verwaltung sei empfohlen in anderen Städten nachzufragen, wie man dort die Abstimmungsberechtigten bei der Bürgerversammlung feststellt und dann endlich auch in Deggendorf dafür zu sorgen, dass der Artikel 18 der Gemeindeordnung „Mitberatungsrecht“ umgesetzt werden kann.

## **2.3 Arbeit des Stadtrats**

Zur Arbeit des Stadtrats ganz allgemein habe ich die letzten Jahre immer wieder viele Vorschläge gemacht. Auch wenn das Herzensanliegen von mir sind, Herr Kollege Linsmaier, sind die wenigsten davon von Ihnen aufgegriffen worden, beispielsweise ein Fragerecht auch im Plenum des Stadtrats oder aber zwei Lesungen zu einem grundsätzlichen Thema, verzichte ich heuer darauf, diese zu wiederholen, sondern füge sie lediglich dieser Haushaltsrede als Anhang bei, damit das nicht in Vergessenheit gerät. Ebenso die Liste der wichtigsten Forderungen aus vergangenen Haushaltsreden.

Mit diesen weiter gültigen Wünschen zur Verbesserung unserer Stadtratsarbeit schließe ich und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

## **3 Anhang**

### **3.1 Keine Anfragen im Plenum**

„Die Gemeinderatsmitglieder können in jeder Sitzung nach Erledigung der Tagesordnung an den Vorsitzenden oder die Vorsitzende Anfragen über solche Gegenstände richten, die in die Zuständigkeit des Gemeinderats fallen und nicht auf der Tagesordnung stehen.“

So steht es in der Muster-Geschäftsordnung des Gemeindetags. Im Januar 2023 hat die Mehrheit aus CSU, JU, FDP, SPD und AfD die in vielen anderen Städten vorgesehene und landauf, landab übliche Möglichkeit im Plenum Fragen zu stellen, abgelehnt. Vor was hat man denn da in Deggendorf Angst? Auf keinen Fall soll anscheinend irgendetwas in einer Plenumssitzung außerhalb der Kontrolle des Oberbürgermeisters sein. Das muss man jetzt nicht unbedingt als Zeichen von Stärke und Souveränität deuten. Dem Klima im Stadtrat wäre es förderlich, wenn es da doch einmal ein Umdenken gäbe. Wie man dann später im Jahr gesehen hat, kann man auch problemlos die Geschäftsordnung ändern, wenn man das nur will.

### **3.2 Beiräte**

Ähnlich beklagenswert war die Ablehnung der geforderten institutionellen Einrichtung mit entsprechenden Regeln und Satzung für die Beiräte durch den Stadtrat. Auch das ist woanders völlig anders und hier kocht die Mehrheit wieder ihre spezielles Deggendorfer Süppchen – um nicht zu sagen eine undurchsichtige Knödelbrühe.

### **3.3 Vorberatungen**

Zum Thema Vorberatungen gibt es zwei Aspekte. Zum einen Vorberatungen in Ausschüssen mit den Beschlussvorschlägen eine Empfehlung an das beschließende Stadtratsgremium abzugeben. Der zweite Aspekt: Von mir oft gefordert, bisweilen Ernst genommen, interessanterweise gerne auch dann, wenn man selber noch keine Lösung weiß. Themen sollten viel öfter ergebnisoffen im Stadtratsplenum oder in einem Ausschuss beraten werden.

### **3.4 Selbstverständnis und zur Mehrheit gehören**

Ich wundere mich sehr wohl, immer wenn ich in die Stadtratssitzung gehe, über einen Großteil der Stadtratskolleginnen und -kollegen und ihrem Selbstverständnis, warum sie hier jeweils 2-3 Stunden absitzen und die meisten nichts, aber auch wirklich nichts zu den behandelten Punkten in der Sitzung beitragen und offensichtlich glauben, es reicht, wenn die Fraktionsvorsitzenden sprechen. Oft ist auch Folgendes zu beobachten, was Gerhalt Polt sehr treffend so formuliert hat

„Kein Mensch hier bei uns wird gezwungen, eine Minderheit zu sein. Ein jedweder hat das Recht, sich zur Mehrheit zu bekennen.“



### 3.5 Demokratie lebt von Rede und Gegenrede

2022 habe ich den CSU-Ministerpräsidenten Dr. Günther Beckstein zitiert, der in seinem leidenschaftlich Engagement für neue Formen der direkten Bürgerbeteiligung in der Politik betonte:

„Demokratie lebt von Rede und Gegenrede.“

Beratungen nur in der Fraktion wie zum Haushalt durch die CSU-Fraktion, nicht aber im Verwaltungsausschuss entziehen sich der Gegenrede.

### 3.6 Kritikpunkte aus vergangenen Haushaltsreden

- Bereits 2014 hatte ich moderne Bürgerbeteiligungsprozesse an Hand der Stadt Norderstedt angesprochen, bei der sogar im Rahmen dieses Prozesses Mittel vergeben werden können.
- Seit 2015 beklage ich, dass die AKDB keine Auswertungssoftware zum Haushaltsentwurf für die Stadträte zur Verfügung stellt. Auch den offensichtlichen Fraktionszwang bei der CSU hatte ich damals schon angesprochen. Meine damalige Erinnerung an den § 3<sup>1</sup> Satz 1 unserer Geschäftsordnung „Die Stadtratsmitglieder üben ihre Tätigkeit nach ihrer freien, nur durch die Rücksicht auf das öffentliche Wohl bestimmten Überzeugung aus und sind an Aufträge nicht gebunden.“ Das ist nachwievor von Relevanz. In Bezug auf Transparenz habe ich beklagt, dass der Antrag der Grünen, die Sitzungsunterlagen vorab allgemein zur Verfügung zu stellen, abgelehnt worden war. Auch eine damals beantragte Informationsfreiheitssatzung gibt es für Deggendorf nicht.
- Im Jahre 2016 habe ich beklagt, dass sehr oft der Architekt des Bauträgers zu dessen Gunsten ein Bebauungsplan aufgestellt wird, auch von der Stadtverwaltung mit der hoheitlichen Planung beauftragt wird und dadurch Interessenskonflikte nicht zu vermeiden sind. OB Dr. Moser hat das dann zwischenzeitlich verstanden und akzeptiert, um es dann vor 2 Jahren leider wieder aufzugeben.
- Seit 2017 spreche ich die Tatsache an, dass seitens der Sparkasse keinerlei Anteil der Millionengewinne an die Trägerkommunen ausgeschüttet werden. Weiter forderte ich, dass grundlegende Zukunftsplanungen schon vom Ansatz her von Stadtrat behandelt werden und es nicht nur um das Abnicken fertiger Beschlussvorgaben gehen darf. Da gibt es nachwievor Luft nach oben.
- 2019 habe ich gefordert, dass man auch in der Stadtratssitzung mündliche Anfrage stellen kann, bis heute nicht umgesetzt! Dies ist Standard in anderen Gemeinden – nicht aber bei uns – und sieht auch die Mustergeschäftsordnung des Gemeindetags vor. Auch die Idee einer gemeinsamen Stadtratsklausur habe ich damals ins Spiel gebracht.
- Die mangelnde Sichtbarkeit des Stadtrats auf der Homepage habe ich 2020 angesprochen. Leider ist es immer noch so, dass auf der Eingangsseite zwar immer der Oberbürgermeister zu sehen ist, um zum Stadtrat zu kommen, sind aber mehrere Klicks notwendig. Das reflektiert in keiner Weise, dass die Stadt

---

<sup>1</sup>Damals § 4

durch den Stadtrat gemäß Artikel 29 Gemeindeordnung verwaltet wird. Das man dazu übergegangen ist dort die Bürgerinnen und Bürger zu dutzen, halte ich für nicht angemessen. Ich stelle mir gerade vor, ich gehe ins Bürgeramt und dutze dort die Angestellten zurück.

- 2021 habe ich beklagt, dass in den meisten Sitzungen lediglich die Fraktionsvorsitzenden Redebeiträge einbringen. Die restlichen Stadtratsmitglieder beteiligen sich nur selten oder gar nicht. Auch das ist immer noch so.
- Schließlich habe ich 2022 die Situation kritisiert, dass die geforderte institutionellen Einrichtung mit entsprechenden Regeln und Satzung für die Beiräte durch den Stadtrat abgelehnt wurde.